

Information der betroffenen Personen (Beschäftigte) (Art. 14 DS-GVO)

- Hinweisgebersystem -

Verantwortlicher:

Gebäude Management Uelzen, Lüchow-Dannenberg

Der Vorstand

Herzogenplatz 2

29525 Uelzen

Telefon: +49 581 800-6601

Datenschutzbeauftragter:

Gemeinsame kommunale Anstalt IT-Verbund Uelzen

Der Datenschutzbeauftragte

Taubenstr. 4

29525 Uelzen

Telefon: +49 581 973824 – 5500

E-Mail: datenschutz@it-verbund-uelzen.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Einführung und Betrieb einer internen Meldestelle zur Erfüllung von Rechtspflichten aus dem HinSchG sowie der Wahrnehmung der Legalitätspflicht/Aufsichtspflicht.

Einführung einer internen Meldestelle umfasst:

- Implementierung des Hinweisgebersystems/Meldekanals
- Benennung einer unparteiischen Person oder Abteilung, die für die Folgemaßnahmen zu den Meldungen zuständig ist.

Der Betrieb der Meldestelle umfasst:

- Entgegennahme von Meldungen
- Versand von Eingangsbestätigungen
- Rückmeldung an die Hinweisgebende Person
- Durchführung von Folgemaßnahmen
- Dokumentation aller Meldungen und Folgemaßnahmen

Zusätzlich werden Daten zur Auswertung vergangener Compliance-Fälle zwecks Verbesserung des Compliance-Management-Systems verarbeitet.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c) DS-GVO erforderlich (§ 16 Abs. 1 S. 1 HinSchG, Art. 8 Abs. 2 S. 1 Richtlinie 2019/1937

Kategorien personenbezogener Daten:

Kontaktdaten (Kontaktdaten (Name, Telefon, Fax, E-Mail))
Mitarbeiterdaten (Mitarbeiterdaten (Personalstammdaten, Kontaktdaten, Notfalldaten))
Protokolldaten (Protokolldaten (z. B. Logfiles über Nutzungsvorgänge))
Verbindungsdaten (Verbindungsdaten (Datum und Zeit der Verbindung, Verbindungsteilnehmer))

Kategorien von Empfängern:

Intern (Interne Abteilung)

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Die Daten werden 3 Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) gegenüber dem Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO) und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Quelle der personenbezogenen Daten:

Direkterhebung
Die Daten wurden bei der betroffenen Person direkt erhoben, z. B. durch die eigene Zurverfügungstellung über die Hinweisgeber-Schnittstelle.

Sonstige (Erhebung und Verarbeitung pbD kann ohne Kenntnis des Betroffenen im Rahmen einer Meldung durch den Hinweisgeber erfolgen.)

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Hinweisgebende können zur Bereitstellung der eigenen personenbezogener Daten verpflichtet sein, um den Hinweis abzugeben oder diesen zu begründen (etc.). Es besteht jedoch keine Verpflichtung Hinweise einzureichen.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.